

PFLEGE IN ÖSTERREICH: „MEHR, BESSER, BUNTER“

PRESSEUNTERLAGEN ZUR PRESSEKONFERENZ DER
VOLKSHILFE ÖSTERREICH ZU DEN ERGEBNISSEN DES
SOZIALBAROMETERS, 16. SEPTEMBER 2020

Für den Volkshilfe Sozialbarometer führt SORA mehrmals jährlich eine repräsentative Befragung zu aktuellen sozialpolitischen Themen durch. Der Sozialbarometer stellt damit ein gutes Instrument zur sozialpolitischen Entwicklung Österreichs dar. Der aktuelle Sozialbarometer thematisiert aus Anlass des Starts der Arbeitsgruppen zur Pflegereform die Einstellungen der ÖsterreicherInnen zu unterschiedlichen Bereichen der Pflege und Betreuung. Das Thema Pflege und Betreuung betrifft sehr viele Menschen in Österreich. Im Jahresdurchschnitt 2019 bezogen 463.662 Personen ein Bundespflegegeld (einschließlich Personen mit ruhendem Pflegegeldanspruch), rund 1 Millionen Angehörige sind ebenfalls direkt von der Thematik betroffen. Bis 2050 werden in 750.000 Menschen in Österreich pflegedürftig sein. Es wird angenommen, dass der sich der Anteil der Menschen über 80 Jahren 2050 gegenüber 2015 auf 11,5 Prozent verdoppeln wird. Um den Pflege- und Betreuungsbedarf auch personell zu decken bis 2050 58.000 neue (Vollzeit-)Pflegekräfte gesucht.

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Die Umfrageergebnisse sind ein deutlicher Auftrag an den Gesundheitsminister – **denn mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen über 50 Jahren sorgt sich über die Zukunft der Pflegesituation in Österreich**
- Als geeignet Instrumente zur Bekämpfung des Personalmangels im Bereich der Pflege und Betreuung sehen sogar **93 Prozent der ÖsterreicherInnen die Verkürzung der Arbeitszeit und eine bessere Entlohnung der Pflegekräfte.**
- **94 Prozent** der Befragten wünschen sich ein **vielfältigeres Angebot im Bereich des Wohnens im Alter**
- **8 von 10 ÖsterreicherInnen** (79 Prozent) treten zudem für die **Einführung einer Vermögenssteuer ab 1 Million Euro** zur finanziellen Absicherung der Pflege in Österreich ein

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

www.volkshilfe.at

- 89 Prozent befürworten die Einführung einer Berufsbildenden Höheren Schule um jungen Menschen den Einstieg in die Pflege und Betreuung zu erleichtern

Ergebnisse im Detail

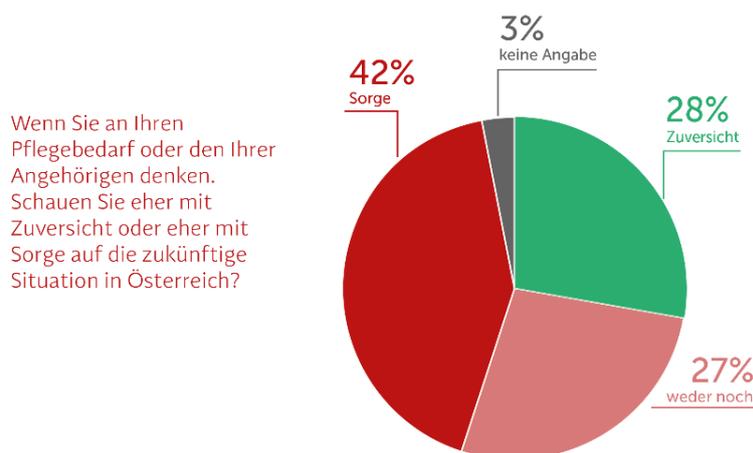
Zukunft der Pflege sichern

Die Menschen blicken nicht sehr optimistisch in die zukünftige Pflegesituation in Österreich. 4 von 10 Menschen (42%) in Österreich machen sich Sorgen, was den eigenen Pflegebedarf oder jenen der Angehörigen in der Zukunft betrifft. Weitere 27% sind unsicher, was die zukünftige Situation in Österreich für den eigenen Pflegebedarf bereithält. Nur etwa ein Viertel der Menschen (28%) blickt hier mit Zuversicht in die Zukunft.

Das Alter der Befragten ist hierbei besonders relevant: je älter die Menschen sind, desto größer mehr sorgen sich: ab 50 Jahren zeigen sich bereits 5 von 10 Personen besorgt, ab 65 Jahren mit 6 von 10 Personen sogar die Mehrheit der Menschen.

Aber auch ein Unterschied zwischen Männern und Frauen lässt sich deutlich erkennen: Während sich 39 Prozent der Männer Sorgen um die Themen Pflege und Betreuung machen, sind bei es den Frauen knapp unter 50 Prozent (46 Prozent).

Signifikant besorgter sind Menschen in kleinen und mittelgroßen Städten. Menschen mit geringer Kaufkraft sind weniger häufig zuversichtlich, als Menschen mit mittlerer und höher Kaufkraft. Regional betrachtet machen sich in der Steiermark und in Kärnten mehr Sorgen über ihre Versorgung im Pflegefall als etwa in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland.

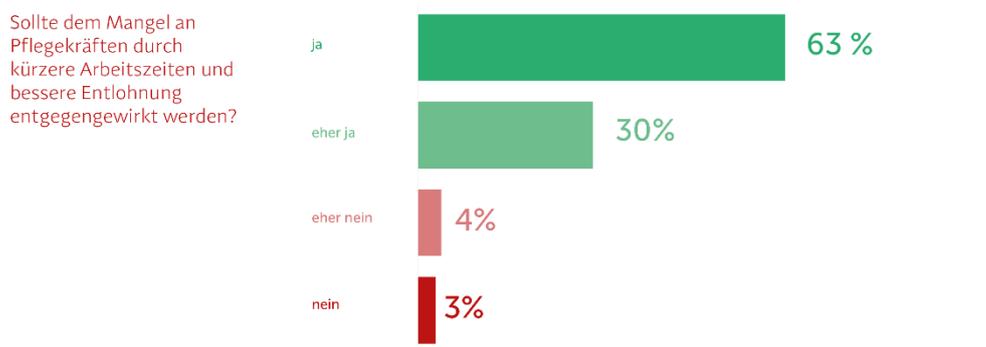


VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

Arbeit in der Pflege und Betreuung attraktiveren

Mit 93% sprechen sich fast alle Menschen in Österreich für kürzere Arbeitszeiten und eine bessere Entlohnung von Pflegekräften aus, um dem Personalmangel in den kommenden Jahren entgegenzutreten. Bei den Personen über 50 Jahre sind es sogar 97 Prozent, die diese Maßnahmen befürworten. Frauen stimmen dieser Aussage zu 96 Prozent zu.



Ausbildungswege in die Pflege

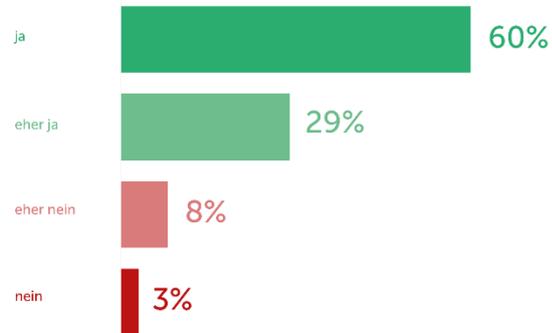
Der Eintritt in die Pflegeberufe soll jungen Menschen durch die Einführung einer Berufsbildenden Höheren Schule erleichtert werden. Dieser Maßnahme stimmen 9 von 10 Personen zu (89%). Frauen unterstützen diese Forderung noch deutlicher, konkret zu 93 Prozent (Männer 84 Prozent). In Wien wird Einführung bzw. der Ausbau dieses Ausbildungsweges von 95 Prozent der Befragten befürwortet.

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

www.volkshilfe.at

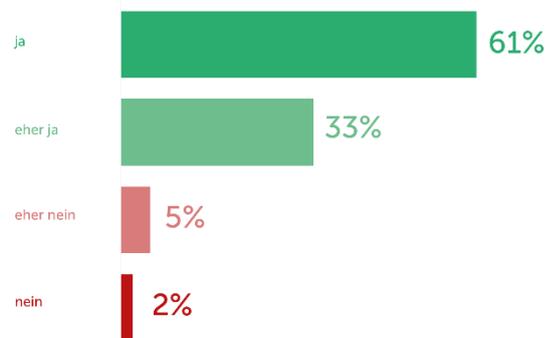
Sind Sie für den Ausbau Berufsbildender Höherer Schulen, um jungen Menschen den Eintritt in Pflege- und Betreuungsberufe zu erleichtern?



Wohnen im Alter

Nach Meinung der Bevölkerung in Österreich soll das Wohnen im Alter bunter werden. 94% der Menschen wünschen sich vielfältigere leistbare Wohnformen, wie etwa Wohngemeinschaften, im Alter.

Sollen in Österreich mehr alternative, leistbare Wohnformen für ältere Menschen gefördert werden, wie z.B. Wohngemeinschaften im Alter?



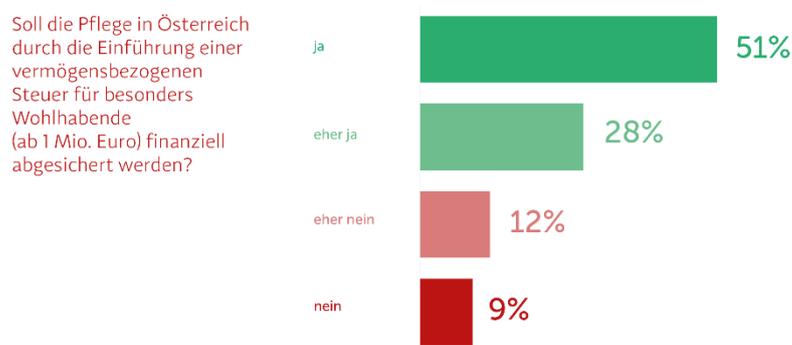
VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

www.volkshilfe.at

Finanzierung

Knapp 8 von 10 ÖsterreicherInnen (79 Prozent) treten zudem für die Einführung einer Vermögenssteuer ab 1 Million Euro zur finanziellen Absicherung der Pflege in Österreich ein. Menschen mit geringer Kaufkraft unterstützen diese Forderung stärker als Menschen mit hoher Kaufkraft. Hier ergibt sich auch eine auffällige Streuung bei den Berufsgruppen: Während ArbeiterInnen diese Forderung überdurchschnittlich stark befürworten (88 Prozent), trifft sie bei Selbstständigen und FreiberuflerInnen auf 66 Prozent Zustimmung. Hervorsticht in der Umfrage auch, dass 93 Prozent der Befragten aus Vorarlberg für die Einführung von vermögensbezogenen Steuern zur Absicherung der Pflegefinanzierung sind.



Fragen im Wortlaut

„Ich lese Ihnen nun einige Fragen zum Thema Pflege vor.

- Sind Sie für den Ausbau Berufsbildender Höherer Schulen (BHS), um jungen Menschen den Eintritt in Pflege- und Betreuungsberufe zu erleichtern?
- Soll die Pflege in Österreich durch die Einführung einer vermögensbezogenen Steuer für besonders Wohlhabende (ab 1 Mio. Euro) finanziell abgesichert werden?
- Sollen in Österreich mehr alternative, leistbare Wohnformen für ältere Menschen gefördert werden, wie z.B. Wohngemeinschaften im Alter?

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

www.volkshilfe.at

- Sollte dem Mangel an Pflegekräften durch kürzere Arbeitszeiten und bessere Entlohnung entgegengewirkt werden?
- Wenn Sie an Ihren Pflegebedarf oder den Ihrer Angehörigen denken. Schauen Sie eher mit Zuversicht oder eher mit Sorge auf die zukünftige Situation in Österreich?“

Basisdaten

Die vorliegende Studie zum Thema „Pflege“ beruht auf 1.019 face-to-face Interviews österreichweit mit Personen ab 15 Jahren (Feldzeit von 29.6. bis 22.7. 2020). Die Daten wurden gewichtet nach Alter, Geschlecht, Region, Wohnortgröße, Bildung, Personen im Haushalt, Beruf und Berufstätigkeit. Somit entstehen aus diesen Daten repräsentative Aussagen über die österreichische Bevölkerung. Die maximale Schwankungsbreite für die dargestellten Ergebnisse liegt bei +/- 3,1%.

Forderungen der Volkshilfe

- flächendeckende Versorgung mit leistbaren Angeboten für Pflege und Betreuung in ganz Österreich
- konkrete Schritte zur Harmonisierung des Angebotes der Bundesländer (vergleichbare Personalschlüssel für Pflegeheime, vergleichbare Leistungen für mobile Dienste) mit dem Ziel, bundesweit ein vergleichbares Angebot zu schaffen
- Rechtsanspruch auf Pflege- und Betreuungsleistungen sowie Anwesenheitsdienste
- solidarische Finanzierung der Pflege und Betreuung (Vermögenssteuer ab 1 Million Euro) als Teil eines umfassenden Steuerkonzepts zur Umverteilung von oben nach unten
- Ausbau von leistbaren mobilen, teilstationären (Tageszentren) und stationären Pflege- und Betreuungsangeboten vor allem in den ländlichen Regionen im Rahmen der geforderten Bundesrichtlinie
- Ausbau von neuen Wohnformen (betreutes Wohnen, betreubares Wohnen und Mehrgenerationswohnhaus)
 - flexible und förderliche Rahmenbedingungen auch für die Erprobung unterschiedlicher Modelle
- Ausbau von stundenweisen Betreuungsangeboten inkl. Nachmittags- und Abends- sowie Feiertags- und Wochenendbetreuungen zur Entlastung der pflegenden Angehörigen
- Gezielter Ausbau stationärer Pflege
 - Österreichweit gültige Mindestanforderungen an die erwartete Leistung von Alten- und Pflegeheimen

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at
UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093
IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

- einheitliche Rahmenbedingungen für eine adäquate quantitative und qualitative Personalausstattung
- Sicherstellung einer adäquaten ärztlichen Versorgung in den Pflegeheimen

Rückfrage-Hinweis

Mag.a Hanna Lichtenberger, MA

Volkshilfe Österreich | Gesundheitspolitik

Tel. +43 676 83 402 223

hanna.lichtenberger@volkshilfe.at

VOLKSHILFE ÖSTERREICH

Auerspergstraße 4, 1010 Wien, Tel.: +43 1 402 62 09, E-Mail: office@volkshilfe.at

UID: ATU59085279, ZVR: 382399593, DVR: 0414093

IBAN: AT49 1200 0004 1807 2104, BIC: BKAUATWW

www.volkshilfe.at